

Zunächst erlaube ich mir einen Blick in die ukrainische EU-Annäherungs-Geschichte der letzten Jahrzehnte zu werfen. Alle Präsidenten seit 1991, also seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vom 24. August, benannten EU-Mitgliedschaft als ihr strategisches Ziel.

Seit der „Orangen Revolution“ 2004 gehört die wirtschaftliche Integration und politische Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU zum zentralen Ziel ukrainischer Außenpolitik. Auch die EU sieht in der Ukraine einen „priority partner“ im Rahmen der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik – eines Programms zur Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kooperation zwischen der EU und den benachbarten Staaten.

November 2013: Entgegen seinen Versprechungen verweigerte der damalige, zunehmend autoritär regierende ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch unter Druck Putins die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU. Ukrainisches Volk kam daraufhin auf den Maidan, den Platz der Unabhängigkeit und protestierte monatelang. Tragische und tödliche Auseinandersetzungen mit Sondereinheiten der Polizei und bewaffneten Schlägertrupps waren der Preis für das Bestreben der Ukrainer nach europäischen Werten zu leben und die politische Zukunft ihrer Heimat frei zu gestalten. Der Weg nach Europa bedeutet für uns- Ukrainer:innen- Demokratie, Recht und Zukunft. Diese Richtungsentscheidung provozierte Russland, das erst die Krim annektierte und dann die östlichen Regionen der Ukraine zu destabilisieren begann.

Ein halbes Jahr später, im Juni 2014, kam ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der neuen ukrainischen Regierung trotz anhaltender Spannungen mit Russland zustande. Den wirtschaftlichen Teil des Abkommens unterzeichnete Präsident Poroschenko am 27. Juni 2014, der politische Teil war schon im März 2014 in Brüssel beschlossen worden.

Im September 2014 verabschiedeten die Parlamente der Ukraine und der Europäischen Union (EU) das Assoziierungsabkommen, das zum 1. Januar 2016 in Kraft trat.

Seit 2017 bekamen ukrainische Bürger:innen das Recht, als Touristen ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen. Für EU-Bürger gilt diese Visafreiheit bereits seit 2005.

Wahlen 2014 und 2019: Beide Wahlen führten zur Festigung der Demokratie:

< pro-westliche und pro-europäische Parteien haben

eindeutige Mehrheit

< extremistische Parteien haben keine „Massenbasis“

weder Kommunisten ... noch Nationalisten im Parlament. Das VOLK hat sich in „freier Selbstbestimmung“ für die EU und die Westorientierung entschieden!

Anfang des Jahres 2019 verabschiedete das ukrainische Parlament - Rada - mit einer Mehrheit von 334 der 450 Abgeordneten in der Verfassung eine „strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und der NATO“.

Der Kontext für Reformen im Land ist aus mehreren Gründen kompliziert, denn das Land befand sich schon seit 2014, also 8 Jahre lang, de facto im Kriegszustand mit Russland. Die territoriale Integrität der Ukraine war in Gefahr und musste verteidigt werden. Zweifelsohne schwierige Rahmenbedingungen: Reformdruck der EU einerseits und Krieg mit Russland andererseits.

Bei der Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben hat sich eine zweiseitige EU-Konsolidierung herausgebildet: Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützten die Reformen in der freien Ukraine und setzten die Sanktionen gegen Russland durch.

Trotz der Krim-Annexie und des dauerhaften Krieges um eigene Territorien gab es gerade in diesen Jahren Phasen, in denen es der Ukraine gelungen ist, wesentliche Reformfortschritte in Schlüsselbereichen zu vollziehen. Die EU stellte ihre Experten bereit, um Reform-Konzepte der ukrainischen Regierung zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen insbesondere

- im Energiesektor
- bei der Sozialhilfe
- in der Verwaltung
- und auch bei der Polizei als besonders korrupten Zweig

Doch solche Erfolge sind nicht in allen zu reformierenden Bereichen zu verzeichnen. Wie Senior-Expertin in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. Susan Stewart, , 2021 in ihrer Forschung „Der veränderte Kontext für Reformen in der Ukraine“ (SWP-Aktuell 2021/A 63, 06.10.2021, 6 Seiten doi:10.18449/2021A63) feststellte, „haben trotz einer »Turbophase« zu Beginn der Selenskyj-Präsidentschaft, während der seine Partei dank ihrer Mehrheit im Parlament reihenweise Gesetze verabschiedete, Reformfortschritte inzwischen erheblich nachgelassen. Laut einer Bewertung der analytischen Plattform VoxUkraine, die seit 2015 das Reformniveau misst, ist es zum ersten Mal unter Selenskyjs Präsidentschaft zu einer Phase von Rückschlägen gekommen.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass Reformen in der Ukraine eingestellt worden wären. So lässt sich auf etliche Bereiche verweisen, in denen weiterhin Fortschritte erzielt werden. Zu nennen wären etwa die Bodenreform oder das sogenannte »Anti-Kolomojskyj-Gesetz«, das es unter anderem unmöglich macht, die nationalisierte Privat-bank seinem früheren Besitzer zurückzu-geben, dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Dieses Gesetz diente als wichtiger Nachweis dafür, dass Selenskyj sich von diesem Olig-archen losgesagt hat, der ihn unter anderem mit seinem Fernsehkanal gefördert hat. Hinzu kam das sogenannte »unbundling« des staatlichen Erdgasunternehmens Nafto-haz, das erfolgte, um es den europäischen Richtlinien konform zu gestalten. Aus der letzten Zeit kann man auf wichtige (aller-dings gefährdete) Schritte bei der Justiz-reform, die erste Lesung eines Gesetzes zur Reform des

Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) sowie einige Maßnahmen hinweisen, die auf eine »Deoligarchisierung« abzielen.

Dennoch ist ein Trend in Richtung eines Nachlassens der Reformbemühungen über die letzten Jahre deutlich geworden. Ein Beleg dafür ist auch die Entscheidung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Zahlungen an die Ukraine aufgrund fehlender Reformschritte einzufrieren. Auch wenn der IWF im August 2021 eine neue Tranche an die Ukraine ausgezahlt hat, hing dies eher mit den Folgen der Covid-19-Pandemie zusammen und war insofern eine Ausnahme. Schließlich kommt ein Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes von September 2021 zu dem Schluss, dass die EU »unzureichende Ergebnisse« bei ihren Bemühungen erzielt hat, die Bekämpfung von Großkorruption in der Ukraine zu unterstützen.“

Die wachsende Enttäuschung des Ukrainischen Volkes hing auch mit

- der problematischen Personalpolitik von Selenskyj zusammen
- der selektiven Bekämpfung der Korruption
- und der Ausnahme der dem Präsidenten nahestehenden Personen von der Strafverfolgung.

Die EU kritisierte die seit 2020 eindeutige Priorisierung der Sicherheitsfragen durch den ukrainischen Präsidenten und fehlende Konsequenz und Druck bei Reformen.

Wenn man das Verhalten Russlands in den letzten Jahren und die aktuellen Ereignisse in der Ukraine und den Krieg betrachtet, waren die Sorgen der ukrainischen Führung um die Sicherheit ihres Landes in den letzten Jahren mehr als berechtigt.

Nach der russischen Invasion in die Ukraine hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die sofortige Aufnahme seines Landes in die Europäische Union gefordert und einen offiziellen Antrag unterschrieben mit der Bitte um ein Eilverfahren. Dies sei nun ein entscheidender Moment, die „langjährige Diskussion“ abzuschließen, teilte der Präsident mit. Eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine galt bisher als ausgeschlossen.

Wir, Ukrainer verstehen es aber, dass es doch nicht so einfach ist und der Weg in den Westen langwierig sein wird. Dagegen sprechen politische und technische Gründe.

Zu den wichtigsten Beitrittskriterien gehört die Wahrung der Menschen- und Minderheitsrechte. Wie bei der Nato auch, wird zudem kein Land aufgenommen, das offene Konflikte um sein Territorium hat.

Putin ist bemüht ukrainische Gebiete im Osten abzutrennen und unter russische Besatzung zu stellen – und damit auf längere Zeit die für den EU-Beitritt störenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Doch auch darüber hinaus erfüllt die Ukraine leider noch nicht den strengen Forderungskatalog der EU für einen Beitritt.

So sieht die EU auch eine im Land weiterhin nicht bekämpfte Korruption als großes Problem an. Vor allem Oligarchen, die auch in Russland im Umfeld von Putin großen Einfluss haben, sollen im großen Stil die Rechtsstaatlichkeit untergraben, bemängelte der EU-Rechnungshof immer wieder.

Es ist uns bewusst, dass der EU-Beitritt ein langwieriger Prozess ist. Zwar gab es in der Vergangenheit bereits beschleunigte Verfahren wie im Fall von Finnland, das innerhalb von drei Jahren zum EU-Mitglied wurde. Doch das war eher eine Ausnahme. Ansonsten lag die Dauer eher bei 20 Jahren.

Andererseits hat die Ukraine für lange Verhandlungen von 20 Jahren keine Zeit mehr. Wie der ukrainische Präsident ganz klar in einer seiner Videobotschaften formulierte: „Wir kämpfen für unsere Rechte, für unsere Freiheit, für unser Leben. Und nun kämpfen wir ums Überleben“.

Ob die Ukraine zu Europa gehört? Diese Frage ist, glaube ich, schon zumindest seit dem 24. Februar beantwortet, als Russland das Land angegriffen hat. Natürlich sind dem ukrainischen Volk nicht nur Aussagen zur Solidarität, sondern auch ganz klare Aussagen zum Thema EU-Beitrittsperspektive in dieser schwierigen Zeit ganz wichtig.

Die Worte, die unsere Erwartungen wecken und Hoffnung machen: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von Leyen hat in einem Interview mit dem Sender "Euronews" die engen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine gewürdigt. Dabei sagte sie wörtlich: "Im Laufe der Zeit gehören sie tatsächlich zu uns, sie sind einer von uns und wir wollen sie drinhaben."

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte den militärischen Angriff auf sein Nachbarland ausdrücklich damit begründet, dass die Ukraine sich nach Westen orientiert - dass eine Mehrheit der Bevölkerung in die Europäische Union strebt und die Regierung in Kiew eine NATO-Mitgliedschaft anvisiert. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sehen ihre Zukunft im Westen, das haben sie nicht nur mit den bereits erwähnten Massenprotesten, sondern mit ihrer tapferen Verteidigung im Krieg, der seit über 2 Monaten dauert und jeden Tag neue dramatische Ereignisse bringt, wieder deutlich gemacht.

Ich kann ganz gut die contra-Argumente auch nachvollziehen. Wie Peter Kapern | 20.04.2022 bei Deutschlandfunk ganz klar erläutert hat, „bringen der Beitrittsantrag der Ukraine und die Anträge aus Georgien und Moldau die Europäische Union in eine schwierige Entscheidungssituation.“

Es ist zu erwarten, dass sich die EU in der Verpflichtung sieht, die Ukraine zu unterstützen. Gleichzeitig will die EU aber nicht als Konfliktpartei in den Krieg hineingezogen werden. In Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags ist jedoch eine Beistandspflicht festgeschrieben. Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ein Mitgliedsland, so heißt es dort, „schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“. Auch wenn dort

nicht dezidiert von militärischem Beistand die Rede ist, besteht doch die Befürchtung, in den Krieg verwickelt zu werden.“

Ich würde gerne meinen Vortrag mit ganz klaren Terminen des EU-Betrtritts der Ukraine abschließen, aber nun bleibe ich auch realistisch:

Diese Frage kann derzeit niemand beantworten. Zumal der russische Angriffskrieg offensichtlich das Ziel verfolgt, die staatliche Souveränität der Ukraine zu beenden. Ein russischer Satellitenstaat mit einer vom russischen Präsidenten eingesetzten Marionettenregierung würde sicherlich keinerlei Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft haben, weil dies auch bedeuten würde, dass das russische Regime bei allen Entscheidungsprozessen der EU mit am Tisch sitzen würde.